



Update aus Berlin

Mai '23 (II)

VERANSTALTUNGSTIPP:

Afghanistan und die deutsche Außenpolitik

LEHREN AUS DER VERGANGENHEIT - WEGWEISER FÜR DIE ZUKUNFT

**DIENSTAG,
30. MAI '23, 18:00
"ANDRE'S AUSZEIT"
DRENSTEINFURT**

MIT RALF STEGNER,
VORSITZENDER DER UNTERSUCHUNGS-
AUSSCHUSSES AFGHANISTAN
IM BUNDESTAG



WICHTIGES
aus dem Bundestag

NEUES
aus dem Wahlkreis

*Schöne
Pfingsten!*



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

am Montag haben wir **160 Jahre SPD** gefeiert. Am 23. Mai 1863 wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, der später zur SPD wurde, gegründet. Nach all den Jahren – wir sind die älteste Partei Deutschlands – ist unser Einsatz für Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit so aktuell und wichtig wie eh und je. **Happy Birthday liebe SPD, auf die nächsten 160 Jahre!**

Auch in der Migrations- und Integrationspolitik zeigen wir, dass Fortschritt nur mit uns geht. Deutschland ist ein Einwanderungsland – und mit unseren Initiativen holen wir jetzt nach, was CDU/CSU jahrelang blockiert haben. Das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** ist auf den Weg gebracht und mit der **Reform des Staatsangehörigkeitsrechts** gehen wir auch hier die Defizite an. Klar ist aber auch, die deutsche Staatsangehörigkeit gibt es dabei nur unter klar definierten Voraussetzungen sowie Ausschlusskriterien, etwa wenn Straftaten vorliegen oder wenn der eigene Lebensunterhalt nicht sichergestellt werden kann. Menschen bei der Beantragung der deutschen Staatsangehörigkeit dazu zu zwingen, ihre alte aufzugeben, ist dabei der falsche Weg und verkennt die Lebensrealitäten von Millionen Menschen.

Eine klare Haltung gegenüber Russland und ein Bekenntnis für eine friedliche Welt – das ist das Zeichen, das vom diesjährigen G7-Gipfel in Hiroshima ausgegangen ist. Es war gut, dass der ukrainische Präsident selbst an den Gesprächen vor Ort teilgenommen hat. Wir begrüßen überdies, dass der japanische G7-Vorsitz fortgesetzt hat, was vor einem Jahr unter Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz in Elmau begonnen wurde: Den Ländern des globalen Südens wie Brasilien, Indonesien und Vietnam auf Augenhöhe zu begegnen und sie eng in die Arbeit der G7 einzubinden. Die Pflege steht besonders seit der Corona-Pandemie finanziell stark unter Druck. Zudem führt der demografische Wandel zu mehr pflegebedürftigen Menschen und steigenden Kosten. Nicht nur in der stationären Pflege, sondern auch in der häuslichen Pflege. In dieser Woche haben wir ein Gesetz beraten, mit dem wir die entstandene Finanzlücke in der Pflegeversicherung durch moderate Beitragserhöhungen schließen und das Pflegegeld sowie die Pflegesachleistungen erhöhen.

Dazu gehört auch eine gute und schnelle Versorgung mit Arzneimitteln. Wir lockern die Preisregeln etwa für Kinderarzneimittel und stärken Europa als Produktionsstandort für Arzneimittel. Hersteller erhalten künftig mehr Geld für Medikamente. So sorgen wir dafür, dass genug Medikamente auf dem deutschen Markt verfügbar sind und geben den Menschen Sicherheit.

Euer



Inhalt

160 Jahre SPD. >>> AG Kommunalpolitik zur Krankenhausreform. >>> Nur noch 47.300 Baufertigkeiten in Nordrhein-Westfalen. >>> Mehr Entlastung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. >>> Lieferengpässe bei Arzneimitteln bekämpfen. >>> Berufsbildungsbericht 2023. >>> Einblicke in die Sitzungswoche. >>> Neues aus dem Wahlkreis.

AG Kommunalpolitik zur Krankenhausreform.



Wir haben in Deutschland einen großen Handlungsbedarf in der Krankenhausfinanzierung. In vielen Bundesländern gibt es Krankenhäuser, die vor großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten stehen, teilweise drohen auch Schließungen. Deshalb haben wir uns diese Woche mit **Christos Pantazis**, Mitglied im Gesundheitsausschuss, und **Mike Schubert**, Oberbürgermeister der Stadt Potsdam und Mitglied des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages, über den aktuellen Stand der Entwicklungen über die Krankenhausreform und deren Auswirkungen auf unsere Kommunen ausgetauscht.

Krankenhäuser decken ihre laufenden Betriebskosten über die sogenannten Fallpauschalen (DRGs - Diagnosed Related Groups). Das heißt: Sie erhalten einen fixen Betrag, auch wenn die Behandlung tatsächlich mehr oder weniger gekostet hat. Durch das Fallpauschalensystem besteht ein Anreiz, sehr viele – im Zweifelsfall auch unnötige – Operationen, zudem insbesondere die Fallpauschalen abzurechnen, die besonders lukrativ sind – und Fachbereiche, die weniger lukrativ sind, wie die Kinder- und Jugendmedizin, zu schließen. Es gilt das Prinzip „Masse statt Klasse“ mit gerade noch vertretbarer Qualität. Darüber hinaus besteht der wirtschaftliche Anreiz, Patient:innen so früh wie möglich zu entlassen, um durch die Fallpauschale mehr einzunehmen, als die Behandlung gekostet hat. Entsprechend hoch ist der wirtschaftliche Druck im System.

Das Fallpauschalensystem hat zu einem „Hamsterradeffekt“ geführt, unter welchem insbesondere das Pflegepersonal leidet. Mit einer Entschärfung der Fallpauschalen wird die Situation der Pflegekräfte besser.

Die Klinikreform ist dringend notwendig. Eine gute Versorgung und die schnelle Erreichbarkeit einer Klinik schließen sich keinesfalls aus. Bei kleineren Eingriffen ist man in einem Haus der Grundversorgung gut aufgehoben.

Bis zum Sommer sollte ein geeintes Eckpunktepapier vorliegen, welches über die Sommerpause hinweg vom BMG zu einem zustimmungspflichtigen Gesetzentwurf weiterentwickelt wird.



Nur noch 47.300 Baufertigkeiten in Nordrhein-Westfalen.

Am Dienstag wurden die Zahlen zu den Baufertigstellungen für das Jahr 2022 bekannt. Der leichte Anstieg der fertigen Wohnungen trotz Krise zeigt, dass wir der Wohnungsnot wirkungsvoll begegnen, auch wenn weiterhin viel zu tun bleibt.

Die Zahlen zeigen, dass wir der Krise der Bauwirtschaft wirkungsvoll begegnen – auch wenn weiterhin viel zu tun bleibt. Leider gibt es große regionale Unterschiede, wo der Wohnungsbau besser funktioniert und wo schlechter. Die Bilanz in den unionsgeführten Ländern lässt zu wünschen übrig. Unser Anspruch, bis zu 400.000 neue Wohnungen pro Jahr zu bauen, bleibt dennoch bestehen. Mit der historischen Verdreifachung der sozialen Wohnraumförderung setzen wir die richtigen Akzente, die durch viele weitere Maßnahmen unterstützt werden müssen, etwa eine vereinfachte Planung und Genehmigung, serielles Bauen und weitere finanzielle Hilfen für Familien. Ein Meilenstein ist auch die Einführung der neuen Wohngemeinnützigkeit.



Während bundesweit die Baufertigstellungen steigen, sinken sie in NRW um fast 5 Prozent auf nur noch 47.300.

Ministerpräsidenten Hendrik Wüst (CDU) und seine Bauministerin müssen darlegen, wieso NRW vom Bundesstrend so negativ abweicht. Der übliche Fingerzeig der Landesregierung auf Berlin reicht nicht! Auch in den mittleren und größeren Städten in NRW ist bezahlbarer Wohnraum kaum noch vorhanden. Die SPD fordert seit Langem von der Landesregierung das Thema Bauen und Wohnen endlich zur Chefsache zu machen und entsprechende Impulse auf den Weg zu bringen.

Das angekündigte Hilfsprogramm für Familien scheint nicht anzukommen, offenbar werden Familien von der Landesregierung im Stich gelassen. Wir müssen endlich wieder mehr Wohnraum schaffen. Der Bund zeigt, wie es geht. Die Landesregierung muss wirkungsvoll handeln!

Bundesregierung will Förderung klimafreundlicher Neubauten aufstocken.

Energieeffizienz ist zukunftssicher, aber kostet. Gerade beim Neubau. Inflation, Zinsen & Energiepreise belasten zusätzlich. Der Bund hilft und stockt die klimafreundlichen Fördermittel um weitere 400 Millionen auf. Gute Nachricht zum Wochenende. Infos:

[https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Neubau/F%C3%B6rderprodukte/Klimafreundlicher-Neubau-Wohngeb%C3%A4ude-\(297-298\)/](https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Neubau/F%C3%B6rderprodukte/Klimafreundlicher-Neubau-Wohngeb%C3%A4ude-(297-298)/)

Mehr Entlastung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen.

Die Corona-Pandemie und die demografische Entwicklung haben die Kosten in der Pflegeversicherung in den letzten Jahren ansteigen lassen. Wir bringen nun das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz auf den Weg, um die Pflegeversicherung und pflegebedürftige Menschen sowie ihre Angehörigen finanziell zu unterstützen. Konkret ist geplant, das Pflegegeld und die Pflegesachleistungen ab 2024 jeweils um fünf Prozent zu erhöhen. 2025 werden alle Leistungen dann um 4,5 Prozent erhöht, ab 2028 steigen sie entsprechend der Inflation. Wer Angehörige pflegt, kann das Pflegeunterstützungsgeld künftig länger in Anspruch nehmen. Ab dem 1. Juli 2025 wird für alle ein gemeinsamer Jahresbetrag für

Verhinderungs- und Kurzzeitpflege eingeführt. Für Eltern von Kindern und Jugendlichen unter 25 Jahren, die eine schwere Behinderung haben, wird dieses Entlastungsbudget bereits ab 2024 eingeführt. Außerdem begrenzen wir die Eigenanteile von Pflegebedürftigen in Heimen. Wir müssen die Pflegeversicherung aber auch weiter stabilisieren. Deshalb steigt der Beitragssatz ab Juli 2023 leicht um 0,35 Prozentpunkte an – also von derzeit 3,05 auf 3,4 Prozent des Bruttolohns. Kinderlose zahlen einen Zuschlag. Ab zwei Kindern wird der Beitrag bis zum 25. Lebensjahr um 0,25 Punkte je Kind bis zum fünften Kind weiter abgesenkt. Ein Beispiel: Eine Familie mit drei minderjährigen Kindern zahlt künftig 2,90 Prozent, also weniger als bisher. Wenn die Kinder aus dem Haus sind, zahlen die Eltern wie-der dauerhaft 3,4 Prozent – und damit weniger als Kinderlose, für die der Zuschlag von 0,6 Beitragssatzpunkten gilt.



Pflegereform

**Wir entlasten alle,
die ihre Angehörigen pflegen.**



**Das Entlastungsbudget in der
Pflegeversicherung kommt!**



SPD Fraktion im
Bundestag

Lieferengpässe bei Arzneimitteln bekämpfen

In den vergangenen Jahren ist es immer öfter zu Lieferengpässen bei Medikamenten wie beispielsweise Kinderfiebersaft oder Antibiotika gekommen. Um dieses Problem anzugehen, hat das Kabinett den Entwurf eines Arzneimittel Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetzes (ALBVVG) auf den Weg gebracht, den wir in dieser Woche in 1. Lesung im Bundestag beraten.

Konkret ist geplant, die Preisregeln für Kinderarzneimittel zu lockern: Festbeträge und Rabattverträge werden abgeschafft. Die Pharmaunternehmen können ihre Abgabepreise ein-malig um bis zu 50 Prozent des zuletzt geltenden Preises anheben.



Die Krankenkassen übernehmen die entsprechenden Mehrkosten. Damit setzen wir einen Anreiz, damit genug Kinderarzneimittel hierzulande verfügbar sind. Antibiotika, die insbesondere in der EU oder im Europäischen Wirtschaftsraum produziert werden, müssen künftig bei Ausschreibungen von Kassenverträgen zusätzlich berücksichtigt werden. So soll Europa als Produktionsstandort für Arzneimittel gestärkt werden und inter-nationalen Lieferketten diversifiziert werden. Die Regelung kann auch für weitere versorgungssensitive Arzneimittel genutzt werden.

Der Preisdruck soll auch durch eine geringere Zuzahlungsbefreiungsgrenze gesenkt werden: Liegt der Preis mindestens 20 Prozent unter dem Festbetrag, können Arzneimittel von der Zuzahlung freigestellt werden.

Ist ein Arzneimittel nicht verfügbar, dürfen Apotheker:innen ein wirkstoffgleiches Arzneimittel einfacher austauschen. Dafür sollen sie einen Zuschlag erhalten.

Gibt es zu wenig Anbieter für versorgungskritische Arzneimittel, können Festbetrag oder Preis-moratorium einmalig um 50 Prozent angehoben werden. Eine verbindliche, dreimonatige Lagerhaltung von rabattierten Arzneimitteln wird für Rabattverträge vorgeschrieben. Dies beugt kurzfristigen Lieferengpässen vor und stellt eine bedarfsgerechte Versorgung sicher.

Die Bevorratungsverpflichtungen für Medikamente, die injiziert werden, und für Antibiotika zur intensivmedizinischen Versorgung werden erhöht. Die Regeln zur Preisbildung werden so angepasst, dass der finanzielle Anreiz für die Forschung und Entwicklung von neuen Reserve-antibiotika verstärkt wird.

Berufsbildungsbericht 2023

Wie hat sich der Ausbildungsmarkt hierzulande entwickelt? Wie viele Bewerber:innen standen wie vielen Ausbildungsplätzen gegenüber? Wie viele junge Erwachsene haben keinen Berufsabschluss? Diese und weitere Fragen werden im jährlichen Berufsausbildungsbericht behandelt, den wir für 2023 in dieser Woche im Bundestag beraten haben.

Der Bericht zeigt ein gemischtes Bild. Einerseits ist die Zahl neu abgeschlossener Verträge 2022 leicht auf 475.100 gestiegen – insbesondere in der Industrie und im Handel wurden im Vorjahresvergleich mehr Verträge abgeschlossen. Insgesamt blieb die Zahl neuer Verträge allerdings unterhalb des Vor-Corona-Niveaus. Die Übernahmequote ist 2021 zwar auf 74 Prozent angestiegen, liegt damit jedoch ebenfalls noch unter dem Vor-Corona-Niveau.

Die zentrale Herausforderung auf dem Ausbildungsmarkt bleibt es, Angebot und Nachfrage zusammenzuführen: So blieben knapp 70.000 Ausbildungsplätze unbesetzt, während nahezu 23.000 Bewerber:innen gänzlich unversorgt blieben. Knapp 38.000 Bewerber:innen besuchten weiter die Schule, absolvierten eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme oder hatten einen Studienplatz in Aussicht. In einigen Berufen und Regionen ist der Anteil unbesetzter Stellen besonders hoch. Dies betrifft etwa Handwerks- und Bauberufe. Dahingegen hatten junge Menschen, die etwa Tierpfleger:in werden wollten, geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Der Bericht zeigt auch, dass zu viele junge Erwachsene keinen Berufsabschluss haben. 2,64 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 34 haben keinen Berufsabschluss, also fast 18 Prozent – ein Anstieg von 2,3 Prozentpunkten im Vergleich zu 2020. Für sie ist das Risiko, auch längerfristig arbeitslos zu bleiben, besonders hoch.

Mit der Ausbildungsgarantie, die wir mit dem **Aus- und Weiterbildungsgesetz** auf den Weg gebracht haben, wollen wir gegen diese Entwicklung ansteuern. Durch die Garantie soll allen Jugendlichen der Zugang zu einer vollqualifizierten, möglichst betrieblichen Berufsausbildung ermöglicht werden.





Auch in diesem Jahr hat die SPD-Bundestagsfraktion das Hospitanz-programm für Jugend-vertreter:innen bei der SPD-Bundestagsfraktion angeboten. **Fabian Rodenwald**, stellvertretender Bundes-vorsitzender des Jugendwerks der AWO und stellvertretender Vorsitzender der JUSOS Ahlen, hat diese Woche in meinem Bundestagsbüro hospitiert. Ich bin froh, auch in diesem Jahr einen Jugendhospitanten in meinem Büro aufgenommen zu haben. Demokratie muss gelebt und auch vermittelt werden.

Genau dazu leistet das Hospitanzprogramm der SPD-Bundestagsfraktion einen großen Beitrag. Junge Menschen, die sich bereits in anderen gesellschaftlichen Bereichen wie Vereinen und Verbänden engagieren, erhalten die Möglichkeit, das politische Berlin hautnah zu erleben und zu erfahren, wie die politische Arbeitsweise auf der Bundesebene verläuft.

Am Freitag hatte ich ein Gespräch mit dem **Geschäftsführer von atene KOM GmbH Tim Brauckmüller** und seinem Referenten **Lukas Leinen**. Dabei ging es um Potentiale eines Smart-City-Kompetenzzentrums, Datenmanagement in Kommunen und das Gütesiegel. Danke für den guten Austausch!



Viele Grüße aus dem **Bau- und Kommunalausschuss!**

In der vergangenen Woche standen wieder zwei **Gespräche mit Bürgermeistern** aus dem Kreis Warendorf auf der Agenda. In **Beckum** habe ich mich mit Michael Gerdhenrich und den beiden SPD-Fraktionsvorsitzenden Felix Markmeier-Agnesens und Peter Tripmaker ausgetauscht. Mit dabei war auch der Fachbereichsleiter Stadtentwicklung Uwe Denkert. Unsere Themen waren unter anderem die Energiewende, Städtebauförderung, sozialer Wohnungsbau, die Änderung der Straßenverkehrsordnung oder die Digitalisierung der Verwaltung. Mehr dazu könnt Ihr hier lesen.



Auch Wolfgang Pieper, **Bürgermeister** der **Stadt Telgte**, habe ich in seinem Rathaus besucht. Gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Klaus Resnischek haben wir beispielsweise über die Förderung für das örtliche Frauenhaus, den Ausbau der B64/B51 und das GEG gesprochen. Auch eine nachhaltige finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern für Kommunen und die lokale Bewältigung der Klimakrise waren unsere Themen. Mehr über das Gespräch erfahrt ihr demnächst.

Besonders wichtig ist mir jedes Jahr aufs Neue der **Austausch mit den Frauenberatungsstellen des Kreises**. In diesem Jahr haben Anne Claßen, Sophia Maschelski-Werning (SPD-Kreistagsfraktion) und ich uns zunächst mit der Warendorfer Beratungsstelle ausgetauscht. Klar ist: Wenn wir sinnvoll und erfolgreich **gegen Frauengewalt** vorgehen wollen, darf dies kein politisches Tabuthema mehr sein! Mehr erfahrt ihr demnächst in der Presse und auf meiner Homepage.

